

# Der FUNKKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.- Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühren. Anzeigenpreise nach Vereinbarung Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 213 B

BERLIN • Sonnabend, den 10. September 1932

1. JAHRGANG

# Klassendiktatur wächst.

## Politische Stillhalteaktionen?

Hk. Vertreter des Zentrums und der Nazis saßen am Donnerstag nachmittag zusammen, um sich zu überlegen, welches Aktionsprogramm sie gegenüber der Regierung Papein einhalten werden, was sie insbesondere bei dem Empfang des Reichspräsidenten bei Hindenburg am Freitag mittag anstreben wollen. Die „Verlautbarung“ über die gemeinsame Besprechung teilen wir an anderer Stelle mit. Aus ihr geht hervor, daß die beiden Parteien die Tolerierung des sozialpolitischen Teils der Notverordnung aus Rücksicht auf ihre Arbeiterwähler für untragbar halten; aber eine Ablehnung der Mitarbeit an dem von Papein unternommenen Versuch der kapitalistischen Krisenüberwindung enthält die Verlautbarung nicht.

Ausführlicher hat Joos sich gegenüber Vertretern der Zentrumspresse geäußert. Er meint mit Papein, den Silberstreifen einer „beginnenden Besserung der Weltwirtschaftslage“ zu sehen; er erkennt die Notwendigkeit von Ankerungsmaßnahmen an, hält aber die von Papein unternommenen Schritte für verbesserungsbedürftig. Vor allem ist er „überzeugt, daß der Konjunkturtrieb nur dann anhält und die staatlichen Eingriffe nur dann die beabsichtigte Wirkung haben können, wenn eine Beruhigung und Festigung der politischen und staatlichen Verhältnisse auf längere Sicht gewährleistet ist.“ Klar ausgedrückt: solange die jetzigen politischen Verhältnisse bleiben, wie sie sind — Gefahr von Staatsstreichen, Auflösung der Parlamente, Neuwahl, mehrfache Neuwahl — wird auch beim schönsten Wirtschaftsprogramm die Unternehmungslust nicht geweckt.

Und die politische Konsequenz?

„Das Ziel unserer gegenwärtigen Bemühungen ist die Schaffung von Möglichkeiten,

eine Regierung zu bilden, die sich auf eine parlamentarische Mehrheit stützt, Vertrauen im Volke hat und die volle Innehaltung der Verfassung garantiert. Mit einer solchen Regierung kann der Gedanke eines Vertrauenskabinetts (sog. Präsidialkabinetts) durchaus in Einklang gebracht werden.

Was möglich sein muß, ist, eine Mehrheit im Reichstag zu finden, die in Selbstdisziplin einer Regierung ... die Möglichkeit zu starker politischer Führung und zu entscheidenden Entschlüssen gibt. ...

Unter der Autorität des Reichspräsidenten muß der Weg einer innerpolitischen, staatlichen und wirtschaftlichen Gesundung gefunden werden.“

Man kann jedenfalls bereits seit Papeins Wirtschaftsprogramm ein Einlenken des Zentrums feststellen. Die Neigung im Bunde mit den Nazis einen *frontalen Angriff* gegen die Papein-Schleicher-Gruppe zu unternehmen, ist geschwunden. Es ist erstaunlich, wie sehr der bloße Entschluß, einen Eingriff zur Ankerbelagerung der Wirtschaft zu wagen, die Autorität der Regierung Papein in weiten Kreisen des Bürgertums gefestigt hat; sehr spürbar wird das an der — wenn auch eingeschränkten — Anerkennung, die die „demokratische“ Presse und das Ausland dem Wirtschaftsprogramm der Regierung zollen. Zur Festigung der Regierung dient bei diesen Gruppen sicher der Umstand, daß Schleicher mit gewissen Erfolgsaussichten auf die „Gleichberechtigung“ hinarbeitet, die dem Prestigebedürfnis entgegenkommt und obendrein sehr „einträglich“ werden kann. Aus diesen Erfolgen Papein-Schleichers einerseits, andererseits aus den Schwierigkeiten, die einer zuverlässigen Einigung zwischen Zentrum und Nazis entgegenstehen, erklärt sich das über Nacht erwachte heiße Bemühen des Zentrums *Hand in Hand mit den Nazis* sich dem Machtssystem der regierenden Gruppe aktiv anzugliedern.

Diese Überlegungen führen zu dem Schluß, daß Zentrum und Nazis zunächst *versuchen* werden — nicht ohne Berufung auf Hindenburgs Wort von der Erhaltung des Existenzminimums und des sozialen Gedankens —, gewisse Abmilderungen der sozialpolitischen Reaktion einzuhandeln. Die beiden Parteien waren vorsichtig genug, ihrerseits bestimmte sozialpolitische Forderungen nicht öffentlich zu nennen, so daß sie für die Kompromißverhandlungen freie Hand haben.

Es ist natürlich keineswegs sicher, daß dieser Handel um die Bildung des kompakten Bürgerblocks gelingt; viele Blätter sind sogar der Meinung, daß, nachdem der Reichstag am Montag Papeins Regierungserklärung angehört und

## Organisiert den Kampf! Oertliche Gewerkschaften gehen voran. Verstärkt den Druck!

### Die „Rote Fahne“ vom Berliner Polizeipräsidenten Melcher auf vier Wochen verboten!

Ueber die führende Zeitung der Kommunistischen Partei ist damit die schwerste, bisher vorgekommene Strafe verhängt worden; ein Verbot von so langer Dauer ist gegen eine Tageszeitung auf Grund der Notverordnung vom 14. Juni 1932 bisher überhaupt noch nicht ausgesprochen worden.

Alle Proletarier, auch die Nicht-Kommunisten, werden fühlen, welcher Schlag damit gegen sie geführt wird in einer Zeit, wo die Möglichkeiten zur Aussprache über den Druck, der auf der Arbeiterschaft lastet, und über das, was zur Führung des Kampfes der Arbeiterklasse notwendig ist, mehr und mehr beschränkt werden. Es ist unbedingt zu fordern, daß dies Verbot zum mindesten abgekürzt wird; wir hoffen, daß diese Forderung Unterstützung findet bis weit in die bürgerliche Presse hinein, deren Freiheit gleichfalls bedroht ist.

Gleichzeitig mit dem Verbot ist der „Roten Fahne“ untersagt worden, die Gründe für das Verbot zu veröffentlichen ~~unter Androhung eines sofortigen nochmaligen Verbots, falls sie die Verbotsgründe trotzdem abdruckt.~~ Wie wir hören, bezieht sich das Verbot auf den Artikel in der „Roten Fahne“ vom 8. September: „Rüstung gegen das Volk“.

Die Arbeiter-Presse hat die unabwiesbare Aufgabe, auf die ungeheure Gefahr immer wieder aufmerksam zu machen, die darin besteht, daß der Weg über „Gleichberechtigung“ und Abrüstungsvorschläge zur Aufrüstung und zum

Wettrüsten führt, an dessen Ende ein neuer Krieg droht. Wir haben im „Funke“ gezeigt, daß der „Vorwärts“ sich dieser Verantwortung nicht bewußt ist und eine klare Stellungnahme zu diesen Gefahren einer neuen Aufrüstung vermissen läßt.

Andererseits zeigt das Verbot der „Roten Fahne“, daß man der genannten Aufgabe gerecht werden muß mit dem äußersten Aufgebot an Klugheit und Verantwortungsbewußtsein, das gestattet, die Wahrheit zu sagen, ohne daß damit gleichzeitig die Fortsetzung dieser dringend notwendigen Aufklärung unmöglich gemacht wird. Es ist die gleiche Klugheit und Beherrschtheit, die für jeden unerlässlich ist, der erkennt, daß er sich nirgends — weder auf der Straße, noch in der Versammlung, noch im Gerichtssaal — provozieren lassen darf.

Wir können diese Aufgabe nicht gewissenhaft genug in Angriff nehmen und fordern alle unsere Leser auf, das Gleiche zu tun und mit dem Vorwurf der Laschheit oder der Leisetreterei gegenüber einer Arbeiterpresse, die es mit diesem Voratz ernst nimmt, nicht so schnell bei der Hand zu sein.

Wir befinden uns in der Situation, aus der heraus Lenin das eindringliche Bekenntnis geschrieben hat:

„Aus diesem Grunde war ich — ... gezwungen, ... die wenigen unumgänglichen politischen Hinweise mit der größten Vorsicht zu formulieren, in Andeutungen, gewissermaßen durch die Blume zu sprechen, in jener verfluchten Sprache, zu der der Zarismus alle Revolutionäre nötigte.“

## Um die Reichstagsauflösung.

Der Reichspräsident empfing heute um 11.30 Uhr das Reichstagspräsidium, den Reichstagspräsidenten Göring, die Vizepräsidenten Esser, Graef und Rauch. Göring begann auf die politische Lage einzugehen, wogegen Graef sofort Einspruch erhob, da es nicht üblich sei, bei diesem formalen Besuch politische Dinge zu besprechen. Trotzdem entwickelte sich eine politische Aussprache, bei der die drei anderen Herren des Reichstagspräsidiums den Reichspräsidenten darauf hinwiesen, daß für den Reichspräsidenten die Möglichkeit bestehe, mit dem Reichstag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung zusammenzuarbeiten. Sie äußerten zum Schluß den Wunsch und die Bitte, daß der Reichspräsident, bevor er irgendwelche Entscheidungen treffe, doch nochmals mit den Führern der großen Parteien Fühlung nehme.

Hindenburg soll dies zugesagt haben, — wie es heißt, um „alle verfassungsmäßigen Möglichkeiten auszuschöpfen“ — gab jedoch zu verstehen, daß er nicht gedenke, irgend welche Zugeständnisse für eine Umbildung des Kabinetts zu machen oder sich gar von Papein und dessen Kabinett zu trennen. Man rechnet daher nicht damit, daß die Besprechung mit den Parteiführern zu einer Einigung führen wird, sondern daß es zur Reichstagsauflösung kommt.

Die Telegraphen-Union verbreitet das Gerücht, daß das rechtzeitige Stattfinden von Neuwahlen von der Bedingung abhängig gemacht werden soll, daß „sich die innerpolitischen Lage nicht noch durch besondere Umstände und Ereignisse bedrohlich gestaltet.“

Den Kommentar zu diesen ungeheuerlichen Absichten überlassen wir unter Hinweis auf unser Zitat an anderer Stelle dem Urteil unserer Leser.

## „Stürmische Verhandlungen“ beim Reichsarbeitsminister.

In den Verhandlungen der Gewerkschaften beim Reichsarbeitsminister am Donnerstag hat der Minister vorgeschlagen, die Gewerkschaften mögen eine Kommission bilden, um die Forderungen und Beschwerden der Arbeiterschaft im Hinblick auf die noch zu erlassenden Ausführungsbestimmungen zu formulieren.

Während sich die Vertreter der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften bereit erklärten, dem Vorschlag des Reichsarbeitsministers zu entsprechen, behielten sich die freien Gewerkschaften ihre Stellungnahme vor, da der Bundesausschuß des ADGB am Freitag zusammentritt und darüber beraten soll. Wir wissen nicht, was es da noch vorzubehalten und zu beraten gibt. Da die Verordnung seit Tagen heraus ist und im übrigen ihr voraussichtlicher Inhalt seit Wochen bekannt war, hätte die Parole längst feststehen sollen.

Ob dieser Vorbehalt also mehr ist als eine Geste, wird endgültig die Entscheidung des Bundesausschusses zeigen.

Der ADGB sollte der Klarheit wegen die Regierung für die Durchführung ihres reaktionären Machwerkes allein die Verantwortung tragen lassen.

Wie der „Vorwärts“ in seinem Leitartikel „Sturm gegen Papein“ berichtet, sollen die Verhandlungen beim Reichsarbeitsminister sehr stürmisch verlaufen sein.

Einstweilen ist es nur ein Wortsturm, den die Gewerkschaftsführer entfacht haben: „Die Regierung wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die gesamte Arbeiterschaft mit allen zulässigen Mitteln gegen dieses Ordnungsunrecht ankämpfen wird.“

Der „Vorwärts“ meldet zwar mit großer Befriedigung, daß die Regierung ihre Verordnung nach der Aussprache mit den Gewerkschaften nur noch eine „Versuchsverordnung“ zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsmöglichkeit nenne. Er stellt die Frage: ob das bereits ein Rückzug sei.

Wenn hier aber wirklich so etwas wie ein Rückzug vorliegen sollte, so glauben wir, daß der Druck, der hier auf die Regierung ausgeübt worden ist, weit weniger von den Verhandlungen mit den Gewerkschaften ausgegangen ist, als vielmehr von den Regierungsverhandlungen, die das Papein-Regiment zur Zeit mit den Vertretern des Zentrums und der Nazis führt.

daran anschließend vielleicht zwei Tage darüber diskutiert haben wird, die Regierung der Gefahr eines Mißtrauensvotums durch die Auflösung des Reichstags entgeht.

Aber auch damit wäre die Regierung der Barone nicht beseitigt. Bis auf weiteres — mit oder ohne Reichstag —

sieht sich die Arbeiterschaft einer gefestigten Macht der kapitalistisch-feudalen Reaktion gegenüber.

Wir brauchen hier nicht näher auszuführen, was das für die Arbeiterschaft bedeutet. Ueber die wirtschaftliche Ausplünderung der Arbeiter unter Papein bringen wir im Wirt-

schaftsteil dieser Nummer erneut Material. Zur wirtschaftlichen Seite jener Reaktion treten die furchtbaren Niederhaltungsmaßnahmen der Sondergerichtsjustiz und die militärische Politik Schleichers mit ihren gefährlichen Konsequenzen.

Dieser Regierung gegenüber sollte die Stellung der Arbeiterparteien einmütig sein: Keine Spur von Mitarbeit! Die Hände völlig frei halten für den Kampf! Also natürlich auch wenigstens die parlamentarische Demonstration: Mißtrauensvotum und Antrag auf Aufhebung der Notverordnungen. Die Situation ist so, daß die Arbeiterschaft, wenn sie einheitlich vorgeht, in geschlossener Front ihrer Organisationen, den Kampf gewinnen kann; sei es, daß es sich um den außerparlamentarischen Kampf gegen die Sozialreaktion handelt; sei es, daß in einem neuen Wahlkampf die von uns in den vergangenen Wahlkämpfen propagierte Einheitsfront in der Form einer gemeinsamen Kandidatenliste dies Mal endlich verwirklicht wird. Obwohl die Herstellung dieser Einheitsfront bei den Juliwahlen noch nicht gelungen ist, sind die Bedingungen für ihre Verwirklichung angesichts des noch brutaler gewordenen Drucks der Reaktion jedenfalls nicht schlechter.

So gewagt die Behauptung zunächst scheinen mag, daß die Arbeiterschaft bei einem Aufnehmen des einheitlich geführten Kampfes nur gewinnen kann, so einfach ist ihre Begründung. Wenn die Arbeiterschaft endlich einmal geschlossen Front macht gegen ihre Ausbeuter, bleibt diesen nichts anderes übrig — falls sie dann überhaupt noch an der Macht bleiben — als ihre Absichten erheblich zurückzuschrauben.

Was ein solidarischer Vorstoß der Arbeiterschaft — im Gegensatz zu der tödlichen Passivität, die sie heute zeigt — darüber hinaus an Kampfgeist wecken würde, kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden!

## Neue Fronten in Stresa.

Es scheint nicht so aussichtslos zu sein, wie es ein Teil der deutschen und ausländischen Presse vor Beginn der Konferenz von Stresa annahm, daß die Konferenz wenigstens zu einem gewissen Ergebnis führen wird.

Die deutsche und französische Delegation haben gemeinsam einen Plan zur Diskussion gestellt,

der darauf hinausläuft, daß die mitteleuropäischen getreide-einführenden Länder, wie z. B. Frankreich, Deutschland, Italien und die Schweiz, die Produkte der südosteuropäischen Länder zu bevorzugten Bedingungen abnehmen.

Der deutsche Delegierte, Ministerialrat Posse, wies darauf hin, daß die Vorzugsbedingungen nur für Getreide und nur für die Zeit der Krise gelten sollten, um den Agrarstaaten aus der Not, in die sie ohne eigene Schuld geraten seien, herauszuhelfen. Posse griff auch den Plan der kürzlich beendeten Warschauer Agrarkonferenz auf, nur in dem Maße Auslandsschulden zu bezahlen, wie ein Ausfuhrüberschuß in dem Gläubigerland erzielt wird. An einem solchen Plan habe Deutschland mit seinen 20 Milliarden Mark Auslandsschulden ein großes Interesse.

Von dem französischen Vorsitzenden Bonnet wurde der Tardieu-Plan der Donau-Föderation mit keinem Wort erwähnt. Es ist daher anzunehmen, daß dieser Plan endgültig begraben worden ist, was eine Verständigung in der Südosteuropa-Frage außerordentlich erleichtert!

Ganz überraschend kam der italienische Vorschlag, daß alle europäischen Abnehmer-Staaten von Agrarprodukten den Agrarländern einen Geldbeitrag zahlen, um den Unterschied zwischen den niedrigen Weltmarktpreisen und den Preisen

# Herriot wartet — Mac Donald schweigt.

S. H. Die schwierige Lage, in die Herriot sich durch die Uebergabe der deutschen Note versetzt fühlt, findet ihren Ausdruck in den immer wieder gemeldeten Verschiebungen der französischen Kabinettsitzungen und in dem offen zu Tage tretenden Bedürfnis Frankreichs, Englands Rat und Unterstützung herbeizuholen.

Über den ersten Entwurf der französischen Antwort ist inhaltlich offiziell nichts mitgeteilt worden. Wie aber eine Reihe von Presse-Agenturen melden, soll die französische Regierung (selbst die „Berliner Börsen-Zeitung“ gibt das zu) jedem einzelnen Punkt der deutschen Vorschläge in sehr höflichem Ton behandeln und sich zur Entgegennahme jedes wohlgemeinten Vorschlages bereit erklärt haben, der darauf hinausgehe,

das Risiko eines Krieges abzuschaffen.

Nach wie vor verharret die französische Regierung auf dem Standpunkt, daß der Versailler Vertrag, der durch die deutsche Forderung berührt wird, keine Abänderung dulde, die durch einen Meinungsaustausch zu zweien auch nur vorbereitet werde. In der Antwort wird also Deutschland an den Völkerbund, an die Abrüstungskonferenz und unter Umständen an den Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag gewiesen werden.

Alle weiteren Meldungen, die in der französischen Presse kursieren, ruhen auf ungesicherten Vermutungen.

Herriot hat seinen Kabinettschef, Marcel Ray, über den Kanal geschickt, damit er sich persönlich einen Eindruck verschafft von der Aufnahme, die der Entwurf der französischen Antwortnote in England gemacht hat. Erst wenn Ray zurückkommt, wird der französische Ministerrat zusammentreten, um endgültig über die Antwort zu beschließen. Aber Ray kommt in London nicht voran. Die englische Regierung tritt aus ihrer Reserve noch immer nicht heraus.

auszugleichen, die die Getreideausfuhrländer zur Wiederbelebung ihrer Landwirtschaft benötigen.

Dieser Vorschlag hat nicht viel Aussicht auf Erfolg bei England, Deutschland und Frankreich, die sich mit Barzahlungen weit weniger gern belasten wollen, als mit einem Vorzugsabkommen. Es wirkte sehr störend, daß der italienische Vorschlag ohne vorherige Fühlungnahme mit den verschiedenen Delegationen gemacht worden ist und gerade in einem Augenblick, als die Aussichten auf Einigung über den deutsch-französischen Vorschlag günstig waren. Jedoch ist eine offizielle Stellungnahme der Delegation zu dem italienischen Vorschlag noch nicht erfolgt.

## Das Land der vollkommenen Abrüstung.

So unglaublich es klingt: Es gibt heute in Europa einen Staat, der auf jede Militärmacht freiwillig verzichtet hat, und das schon seit 66 Jahren. Er liegt am Oberrhein des Rhein, zwischen Oesterreich und der Schweiz, ist in seiner größten Ausdehnung gut 20 km lang: Liechtenstein.

Im Jahre 1866 ist zum letzten Mal die Liechtensteiner Truppe als Verbündete der Oesterreicher ins Feld gezogen.

Kennzeichnend für die Zurückhaltung Englands ist eine Rede, die Henderson, der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz, auf dem englischen Gewerkschaftskongress in Newcastle hielt. Nach einer Verteidigung der bisherigen Arbeiten der Konferenz, die seiner Meinung nach kein Fehlschlag seien, erklärte er, es würde für die Konferenz eine Katastrophe bedeuten, wenn Deutschland mit seiner Drohung, künftig fernzubleiben, ernst machen werde; das werde zu einem Rüstungswettlauf führen, und er ermahne daher die Siegerstaaten, die Abrüstung wirklich anzupacken und vor allem die Waffen, die Deutschland und andern Staaten in den Friedensverträgen verboten seien, abzuschaffen.

Die deutsche Denkschrift, die von Frankreich vor Beginn der Abrüstungskonferenz eine Antwort verlangt, und die Schwierigkeiten, in die Herriot dadurch geraten ist, werden nicht erwähnt. Henderson will es offenbar mit keiner der beiden Parteien verderben, aber erst recht will er sich für keine der beiden Parteien einsetzen. Seine Absicht, jetzt Frankreich dahin zu bringen, den Knoten durch das Angebot einer allgemeinen Abrüstung zu durchhauen, sieht allzu sehr nach dem Versuch aus, die bisherige Pleite der Abrüstungskonferenz, die sich unter seinem Vorsitz vollzogen hat, nachträglich wettzumachen — und zwar durch die Initiative eines andern, in diesem Fall Frankreichs.

## Der „Vorwärts“ zur Aufrüstung.

Der „Abend“ vom Donnerstag wettet gegen die „Lügenhetze“ der „Roten Fahne“.

Eine der Anklagen der „Roten Fahne“: „Blättert man um, findet man folgenden Kernsatz: „Stampfer und Wels sind mit der Aufrüstung Pappes und Schleichers hundertprozentig einverstanden.“

Die einzige Antwort des „Vorwärts“: „Woher weiß der Bursche das? Er saugt sich's aus den Fingern. Das genügt vollständig!“ Man schimpft vergebens viel, um zu verschweigen...!

Der Feldzug dauerte fünf Tage und brachte den Liechtensteiner keine Verluste, wohl aber eine gute Idee: Sie zogen nach Hause und rüsteten ab. Seitdem gibt es in Liechtenstein kein Militär mehr; ein Verfassungsartikel bestimmt nur, daß im Fall der Bedrängnis des Landes jeder Bürger unter 60 Jahren zu den Waffen zu gehen habe.

Die 100 Mann starke Truppe, die im Jahr 1866 dabei war, gründete einen Militär-Veteranen-Verein. Heute lebt noch eins seiner Mitglieder und an Nachwuchs ist bei den Abrüstungsbestimmungen des Staates nicht zu denken.

Für Genf: Wer wollte behaupten, daß die Sicherheit der Liechtensteiner bedroht sei, obwohl sie, was die Rüstungen anbetrifft, jedem ihrer Nachbarn bei weitem unterlegen sind?

Angesichts der finanziellen Schwierigkeiten der belgischen Regierung hat die Kammer beschlossen, eine Anleihe in Höhe von 1,5 Milliarden Francs (fast 200 Millionen Mark) aufzunehmen und Sparsparungen im Werte von 500 Millionen Francs (68 Millionen Mark) auszugeben. Ferner kündigte der Ministerpräsident erneute Sparmaßnahmen und Steuerlasten an.

## „Zwecklos und grauenhaft.“

Der internationale Kongreß der Kriegsopter.

In Wien fand vorige Woche der VIII. Kongreß der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Verbände der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer statt. Außer den mehr persönlichen Interessen der Kriegsbeschädigten standen die Probleme der Friedenssicherung, der Abrüstung und der Kriegsschuldenregelung zur Diskussion. In einer Schlußresolution beschwor der Kongreß die Regierungen, sich endlich klar darüber zu werden, daß der Krieg nicht nur grauenhaft, sondern auch zwecklos sei. Der Völkerbundsdelegierte Professor Cassin aus Paris wies darauf hin, daß die Durchführung der im Versailler Vertrag geforderten allgemeinen Abrüstung nicht eine bloße moralische Geste darstelle, sondern eine bindende Rechtsverpflichtung enthalte.

Der Kongreß gab dem internationalen Vorstand der Arbeitsgemeinschaft den Auftrag, alles vorzubereiten, um noch im kommenden Winter ein „Welttreffen der Kriegsteilnehmer aller Länder für die Abrüstung und gegen den Krieg“ einzuberufen.

Für die Anerkennung der Sowjet-Union durch die spanische Republik hat sich der spanische Außenminister in den Cortes ausgesprochen.

Der griechische Ministerpräsident Venizelos überreichte dem Staatspräsidenten sein Rücktrittsgesuch. Der Staatspräsident lehnte die Annahme des Gesuches ab; die Regierung bleibt vorläufig im Amt.

## Immer noch Streik in Oberschlesien.

Die Bedingungen, die die Arbeiter der Kattowitzer A.-G. für die Wiederaufnahme der Arbeit stellten, sind von der Gesellschaft nicht angenommen worden. Die Gesellschaft weigert sich, die Streiktage zu bezahlen und eine regelmäßige Auszahlung der Löhne und Gehälter zuzusichern. Am Freitag wird wieder ein Betriebsrätekongreß stattfinden, auf dem beschlossen wird, ob die Arbeiter zum Generalstreik aufgerufen werden sollen.

Der Demobilisierungskommissar hat den Arbeitgebern zur Annahme der Bedingungen der Arbeiter geraten; da der Streik durch Verschulden der Arbeitgeber ausgebrochen sei, hätten diese die Pflicht, die Streiktage zu bezahlen.

Die Ferrum-Werke, einer der Betriebe der Kattowitzer A.-G., haben die Arbeiter und Angestellten ausgesperrt und beim Demobilisierungskommissar die Stilllegung des Betriebes beantragt. Dieser hat den Antrag zurückgewiesen und die sofortige Wiedereinstellung der gesamten Belegschaft unter Verzicht auf Maßregelungen, angeordnet.

Ueber Errico Malatesta, Mensch und Kämpfer, spricht Rud. Røcker am Sonnabend, dem 10. September, 19.30 Uhr, in Haverhans Sälen, Neue Friedrichstr. 35, Eintritt 30 Pf., und 10 Pf. Regen Spruch erbittet „Gilde freier B. Bücherfreunde“.

# Wallstreet vermittelt zwischen Moskau und Washington?

W. B. Stimson's bekannte Rede und seine aktivistische Auslegung des Kellogg-Paktes enthielten eine deutliche Spitze gegen Japan, die von japanischer Seite mit der Rede Uchida's auch prompt quittiert worden ist. Es war daher naheliegend, aus dieser Ankündigung einer nunmehr zu erwartenden Aktivierung der amerikanischen Außenpolitik

die Absicht einer Aenderung des Verhältnisses zur Sowjet-Union herauszulesen.

Rußland ist die natürliche Barriere gegen Japans Hegemoniebestrebungen auf dem asiatischen Festland. Es wäre daher durchaus begrifflich, wenn die USA dieser klaren Tatsache in ihrer Auseinandersetzung mit dem gefährlichen pazifischen Konkurrenten in vollem Umfange Rechnung tragen würden.

Gerüchte über die bevorstehende Anerkennung der Sowjet-Union, bzw. die Vorbereitung eines Handelsvertrages oder Entsendung einer Studienkommission, haben in den letzten paar Wochen in der amerikanischen Öffentlichkeit großes Interesse erregt. Das State's Department hat eine klare Stellungnahme zu diesem Thema vermieden. Mangels anderer Anhaltspunkte wurde daher die Tatsache eifrig kommentiert, daß Stimson in seiner Rede

zum erstenmal das Wort „Sowjetregierung“ gebrauchte.

Man wies darauf hin, daß der Begriff Sowjetregierung im Wortschatz des amtlichen Washington bisher nicht existierte und durch den Ausdruck „Sowjetmacht“ oder andere umschreibende Wendungen ersetzt zu werden pflegte.

## Der Weg über die Wallstreet.

Ein Teil der amerikanischen Geschäftswelt drängt fortwährend auf eine Aenderung der Beziehungen zur Sowjet-Union, unter Hinweis auf die wachsende Bedeutung des russischen Marktes und die Abwanderung der russischen Aufträge nach Deutschland und England. Authentische Beweise dafür, daß Washington im Begriff wäre, diesem Drängen nachzugeben, fehlen zunächst noch. Doch liegt es auf der Hand, daß die fernöstlichen Verwicklungen einen bequemen Anlaß zur Umorientierung der bisherigen festgeronnenen Politik gegenüber der Sowjetunion liefern.

Weitgehende Beachtung fand in diesem Zusammenhang eine Mitteilung der „New York Times“, wonach zwei amerikanische Großbanken — die Chase National Bank und die International Acceptance Bank — die Unterbringung sowjetischer Goldbonds übernommen bzw. sich bereit erklärt hätten, Sowjetaufträge gegen die Hergabe der Bonds zu finanzieren.

Durch dieses Arrangement, hieß es, solle eine starke Belebung der internationalen Handelsbeziehungen, in erster Linie des amerikanischen Außenhandels, erreicht und eine bedeutsame Entwicklung angebahnt werden, die zur Anerkennung der Sowjetregierung führen müßte.

Das größte Hindernis für die Entfaltung der russischen Einkäufe in den USA, das zur Zeit in dem Fehlen geregelter Kreditverhältnisse liegt, würde dadurch aus dem Wege geräumt werden.

Bisher waren die amerikanischen Lieferanten gezwungen, die langfristigen Sowjetkredite entweder im Geldschrank zu behalten oder zu einem Zinsfuß von 15 bis 20 Prozent bei privaten Bankfirmen zu diskontieren. Diesem Uebelstand wollen die erwähnten Großbanken durch die Einführung der mit 10 Prozent verzinslichen und auf Wunsch ohne Zinsverlust jederzeit einlöslichen russischen Goldbonds abhelfen. Wie die „New York Times“ mitteilen, sollen sich die Banken dazu bereitgefunden haben, die Bonds entgegenzunehmen und bis zu einem gewissen Zeitpunkt bei sich zu behalten. Sowjetbonds für einen Betrag von mehreren Millionen Dollar seien bereits von amerikanischen Bürgern angekauft worden.

Die beiden Großbanken haben nach dem Erscheinen des Berichtes der „New York Times“ das Vorliegen eines Arrangements mit der russischen Staatsbank in Abrede gestellt. Fest steht andererseits, daß James C. Warburg, der Präsident der International Acceptance Bank, sich auf einer Reise nach Europa befindet, um die gegenwärtige Situation in bezug auf die Kreditierung der Sowjetgeschäfte im Ausland und die Abwicklung der sowjetischen Verpflichtungen zu studieren.

Die offiziellen Kreise in Washington bewahren allen Gerüchten gegenüber ein reserviertes Schweigen. Gewisse, der Bundesregierung nahestehende Sachverständige verhalten sich zu den Einlösungsmöglichkeiten der Sowjetbonds, wie der „Forward“ aus Washington berichtet, recht skeptisch. Wenn die Sowjets Geld zur Einlösung der Bonds besitzen, so könnten sie damit auch ihre Aufträge bezahlen, — dieses nicht gerade tiefsehbare Argument sei im genannten Zusammenhang vorgebracht worden. Im übrigen lägen in Washington Berichte vor, daß die Zahlung der fälligen Zinsen seitens der Sowjets in Deutschland und anderen Ländern unter großen Schwierigkeiten vor sich ginge. Die Frage der Möglichkeit einer Erweiterung der Handelsbeziehungen mit der Sowjet-Union werde aber trotzdem eingehend studiert.

Japans eigenwillige Politik in der Mandschurei, der Washington fast als einziger Staat politisch entgegentritt, macht die Gerüchte über Verbindungen zwischen Moskau und Washington beachtenswert.





# Lehren des anti-japanischen Boykotts in China.

(Schluß.)\*

## Der Boykott als Waffe.

Die Stilllegung des Handels durch Boykott ist nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zur Erreichung eines politischen Ziels. Fragt man nun, ob der gegenwärtige Boykott, der, wie wir gesehen haben, als solcher sehr wirkungsvoll war, sein politisches Ziel erreicht hat, so ist diese Frage doch wohl zu verneinen.

Japan hat sich unter dem Druck des Boykotts nicht nachgiebig gezeigt, sondern hat ihn sogar zum Anlaß oder Vorwand für weitere Aktionen genommen.

Schon gleich in der Note vom 9. Oktober erklärte die japanische Regierung, daß sie Nanking für die Nicht-Unterdrückung der anti-japanischen Bewegung verantwortlich mache. Die Warnungen wiederholten sich, bis endlich am 19. Januar 1932 jenes berühmte Ultimatum in Schanghai präsentiert wurde, dem am 28. Januar die Eröffnung von Feindseligkeiten folgte. Es ist nicht möglich, zu entscheiden, ob der Schanghai-Krieg, der für China, beziehungsweise die Regierung Nanking, sehr nachteilig gewesen ist, ausschließlich durch die Boykottaktionen provoziert worden ist. Die Unterdrückung des Boykotts war freilich die Hauptforderung des Ultimatus, doch ist es nicht ausgeschlossen, daß einerseits die zunehmende Nervosität der in Schanghai lebenden japanischen Bevölkerung, andererseits rein politische Absichten der japanischen Führer mitgewirkt haben.

Hat somit der Boykott auf Japan nicht die gewünschte Wirkung gehabt, so kommt noch hinzu, daß er auch auf die „Neutralen“, insbesondere die Schanghaier fremden Handelskreise, eine für China sehr ungünstige Wirkung gehabt hat. Die jetzt geführte Agitation für die Errichtung eines Schang-

haier Freistaates benutzt in der Hauptsache das Argument, daß es die Boykottbewegung gewesen sei, die Japans „Notwehr“ provoziert habe. Um daher die Neutralität der Stadt zu garantieren, sei es erforderlich, den noch vorhandenen chinesischen Regierungseinfluß (insbesondere im Gerichtswesen) auszuschalten. Diese Beweisführung stößt natürlich auch im Kreise der chinesischen Kaufmannschaft zumindest auf keine Ablehnung.

Für die politische Wirkungslosigkeit des chinesischen Boykotts ist der von uns schon mehrfach erwähnte Charakter der japanisch-chinesischen Handelsbeziehungen verantwortlich. Solange die Mandchurei sich am Boykott nicht beteiligt, ist es hauptsächlich die japanische Baumwolltextilien-Ausfuhr, die zu leiden hat. Aber auch dafür gibt es Linderungsmittel: Zeitungsberichten zufolge betreibt Japan ein starkes Dumping in Indien. Nicht nur Lancashire-Ware, sondern sogar einheimische indische Textilien seien gegenüber der japanischen Konkurrenz machtlos. Japan ist durchaus in der Lage, ein solches Dumping durchzuführen; denn es hat dank der billigen Arbeitskraft und einer guten Organisation erstaunlich geringe Selbstkosten.

Die Zeit ist vielleicht noch nicht reif, um ein endgültiges Urteil abzugeben, aber alle Anzeichen sprechen dafür, daß der Gebrauch dieser „friedlichen Waffe“ im vorliegenden Fall nicht zum Ziel geführt hat.

Auch in chinesischen Kreisen, die noch vor wenigen Monaten jeden Zweifel am Wert des Boykotts als Verrat hingestellt hätten, beginnt die pessimistische Ansicht an Boden zu gewinnen.

## Die Lehren des Boykotts.

Um sein politisches Ziel zu erreichen, muß ein Boykott nicht nur den Handel zum Stillstand bringen, sondern diese Stilllegung muß obendrein den Gegner an einer empfindlichen Stelle treffen. Das Versagen in diesem Punkt ist schuld für die Ergebnislosigkeit des anti-japanischen Boykotts in China. Würden sich die Vereinigten Staaten, Indien, Siam und Niederländisch-Indien am Boykott beteiligen, so wäre gewiß die Wirkung auf Japan eine viel stärkere. Freilich wäre auch in diesem Fall ein Einlenken Japans nicht unbedingt zu erwarten gewesen. Man müßte im Gegenteil vermuten, daß Japan versuchen würde, die schwächste Stelle des Boykott-Ringes zu durchbrechen, das heißt Teile von China militärisch zu besetzen, um sich dadurch vor einer sonst unvermeidlichen Knappheit an Lebensmitteln und Rohstoffen zu schützen. Auf die sich dadurch ergebenden politischen Komplikationen kann hier nicht näher eingegangen werden. Es genügt festzustellen, daß solche Komplikationen mit Sicherheit zu erwarten sind. Das veranlaßt uns, die

**Beurteilung der Zweckmäßigkeit des Boykotts von den besonderen Umständen eines gegebenen Falles abhängig zu machen.**

Abgesehen von dieser etwas trivial klingenden Lehre ist der chinesische Boykott, soweit es sich um die Boykott-Technik handelt, außerordentlich aufschlußreich. Es soll daher im Folgenden noch etwas über die Boykottmethoden gesagt werden.

Das Wichtigste am Boykott ist neben seiner Propagierung und Popularisierung die

### Anwendung von Zwangsmitteln.

Der Zwang braucht nicht häufig angewandt zu werden, denn schon die Tatsache, daß er immer in Bereitschaft steht, genügt in den meisten Fällen. Die chinesischen Boykottorganisationen arbeiteten mit sehr drastischen Zwangsmitteln, indem sie nicht nur im Besitz chinesischer Kaufleute befindliche japanische Waren beschlagnahmten, sondern auch Verhaftungen „verräterischer“ Kaufleute vornahmen und sie so lange in Haft behielten, bis sie sich zur Zahlung einer Geldstrafe bereitfanden. Auch die im alten China übliche

**Strafe des Zur-Schau-Stellens in auffälliger Kleidung** wurde angewandt. Das Bild eines solchen „Verräters“, mit einer hohen Narrenmütze und einem Plakat vor der Brust, ist sogar in den Zeitungen Schanghais erschienen. Die Boykottorganisationen haben die japanischen Waren in den meisten Fällen nur versiegelt; es kam jedoch auch vor, daß sie sie auf eigene Rechnung verkauften, um auf diese Weise in den Besitz von Mitteln zu kommen, die für die Aufrechterhaltung ihres Betriebes unerlässlich waren.

Da die Arreste und Beschlagnahmungen offenbar Eingriffe in die Funktionen der Staatsgewalt sind, so mußte früher oder später ein Konflikt entstehen. Auf chinesischem Boden ist dieser Konflikt in der ersten Zeit allerdings niemals deutlich in Erscheinung getreten: die Gerichte und Regierungen haben auch in den Fällen, wo sie der Bewegung ablehnend gegenüberstanden, sich zumeist auf friedliches Vermitteln beschränkt. Lediglich in der Internationalen Niederlassung Schanghais ist es zu einer Gerichtsverhandlung gekommen, wobei die Stadtregierung als Kläger gegen eine Gruppe von Boykottagenten auftrat. Es handelte sich um die Beschlagnahme von Waren im Wert von 1760 Dollar und die Verhaftung von Angestellten einer chinesischen Firma. Die Klage lautete auf Raub und Freiheitsberaubung, wurde jedoch vom Gericht zurückgewiesen, so daß lediglich eine formale Strafe von 20 Dollar verhängt wurde. Man sieht aber, daß die Staatsgewalt sehr störend in den Betrieb eines Boykotts eingreifen kann, und daß

ein Boykott, der nicht mindestens ein nachsichtiges Gericht hinter sich hat, kaum eine Wirkung haben würde. Inwiefern das verschiedene Verhalten der chinesischen Regierungsstellen im Norden und Süden auf den Boykott eingewirkt hat, geht mit Deutlichkeit aus Tabelle X (vergl. Nr. 212) hervor.

Neben dem Problem des „Zwangs“ entsteht bei jedem Boykott ein anderes, das man als das

### Problem der „Lastenverteilung“

\*) Der Anfang dieser Untersuchung steht in den Nrn. 211 und 212.

(und zum Teil schlechten) japanischen Produkte. Das Umgekehrte kann in China offenbar nie in demselben Maße stattfinden, weil kein westliches Land so billig produzieren kann wie Japan, und weil Billigkeit der Ware auf dem chinesischen Markt ausschlaggebend ist.

Jeder Boykott gegen Japan erzeugt daher Warenknappheit und Steigen der Preise.

Die Konkurrenten Japans — chinesische und fremde Produzenten — machen Gewinne, während die Masse der Bevölkerung zu zahlen hat. In welchem Maße das während des jetzigen Boykotts stattgefunden hat, zeigt die Tatsache, daß die „EWO-Cotton Mills“, eine in Schanghai mehrere Baumwollspinnereien und -webereien unterhaltende englische Gesellschaft, für 1931 eine Dividende von 36 Prozent gezahlt hat und die Geschäftslage als „außerordentlich befriedigend“ bezeichnet. Obwohl nämlich die Preise für Rohbaumwolle während des Jahres um fast 50 Prozent gefallen waren, blieben die Preise für die „EWO“-Produkte fast unverändert: ein Sachverhalt, der mit dem durch den Boykott erzeugten Warenmangel im Zusammenhang steht.

Man muß allerdings feststellen, daß das chinesische Proletariat trotz aller zusätzlichen Belastungen mit erstaunlicher Ausdauer und Opferbereitschaft sich hinter den Boykott gestellt hatte. Es handelte sich hierbei jedoch nicht nur um den anti-japanischen Boykott als solchen, sondern um ein Benutzen des gegen Japan geführten Kampfes als ein

### Mittel des Klassenkampfes,

in dem versucht wurde, die chinesische Bourgeoisie von ihren bürgerlichen Klassengenossen in Japan abzuspalten. Dieser Versuch ist mißlungen, denn China steht heute bereits wieder im Zeichen einer Annäherung an die fremden Großmächte (auch Japan), und diese Annäherung, so sehr sie auch einer Verwandlung Chinas in eine Halbkolonie gleichkommt, bedeutet dennoch eine wesentliche Stärkung der chinesischen Bourgeoisie, deren politische und wirtschaftliche Existenz lediglich dem Einfluß der „fremden“ Imperialisten zu verdanken ist.

Je weiter die politische Aussöhnung mit Japan fortschreiten wird, umso deutlicher wird der Klassenkampfcharakter der Boykottbewegung hervortreten. Daß diesem Kampf ein Erfolg beschieden sein wird, ist zweifelhaft: denn so wie der Boykott selber als Waffe gegen Japan ein Schlag ins Wasser ist, so wird er

als proletarische Aktion erst recht nur eine Kraftvergeudung

sein. Ein Beispiel mag das belegen: erst kürzlich weigerte sich die Belegschaft einer Schanghaier Werft, ein japanisches Kanonenboot zu reparieren. Trotz einer Aufforderung der chinesischen Behörden, den Widerstand aufzugeben, ging die Hälfte der Arbeiter in Streik. Die Werft stellte daraufhin neue Arbeiter ein, und die Reparatur wurde fertiggestellt.

Alexis Baranoff (Schanghai).

bezeichnen könnte. Jeder künstliche Eingriff in den Ablauf des Warenaustausches bedingt zusätzliche Lasten für einen Teil der Bevölkerung und unter Umständen Gewinne für einen anderen Teil. Soll ein Boykott von Dauer sein, so muß offenbar vermieden werden, daß der ärmste der schwächste Teil der Bevölkerung für ihn zu zahlen hat. Der Erfolg eines im Jahre 1925/26 gegen Hongkong (das heißt in der Hauptsache gegen englische Waren) gerichteten Boykotts beruhte im wesentlichen darauf, daß die teuren (wenn auch guten) britischen Waren ersetzt werden konnten durch die billigen

## Die englischen Spinner kampfbereit.

Wie erwartet wurde, hat die Urabstimmung im englischen Spinner-Verband über die Lohnabbauforderungen der Unternehmer, zu einer überwältigenden Mehrheit für den Kampf

geführt. 30 991 Spinner stimmten dafür, nur 1518 dagegen. Die Zahl der Mitglieder des Verbandes beträgt 40 000. Der Spinner-Verband erklärt, daß er die Niederlegung der Arbeit als Antwort auf die Forderungen der Unternehmer nicht als Streik, sondern als Aussperrung betrachten würde. Das hat zur Folge, daß den Unternehmern die Stilllegung der Betriebe von den Gewerkschaften nicht vorher angekündigt werden wird.

**Groß-Haushaltungen, Gemeinschaften, Landheime, Ferien-Lager, Schulen u. s. w. erhalten**

**Reform-Nahrungsmittel zu Ausnahme-Preisen**

**Bitte, Sonder-Liste anfordern!**  
**FRISCHKOST - REFORMHAUS**  
Magdeburg  
O. v. Guerickestraße 104

Die neuen **Stoffmutterkolektionen** für Herbst und Winter sind eingetroffen. Bestellen Sie schon jetzt! Arbeit nach Maß! / Preis mit Maß!

**Rudolf Schönheit, Herren- u. Damenmoden**  
Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. I.

Reparaturen von elektrischen Bügeleisen, Klingelanlagen usw. Spezialität:  
**Anfertigung mod. Tisch- u. Nachttischlampen**

**G. Funke**  
Elektrotechniker  
G Ö T T I N G E N / J ü d e n s t r a ß e 8, I I I.

**BERLIN**  
**KAMERA**  
Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987  
Ab 6. September: A. Room:  
**Menschenarsenal**  
Ein Russenfilm  
Ferner: **Die Affen von Suchum**  
Anfangszeit: 17, 19 und 21 Uhr.

Freunde und Leser des „Funken“! Unterstützt Eure Zeitung! Werbt Abonnenten! Sammelt Anzeigen! Bevorzugt bei Einkäufen unsere Inserenten!

## Lieber keinen Tarifvertrag als eine neue Lohnkürzung!

Das erklärten die sächsischen Gewerkschaftsvertreter bei der Verhandlung im sächsischen Arbeitsministerium über den Lohnstreik in der westsächsischen Textilindustrie. Die Unternehmer fordern nach wie vor eine Lohnkürzung bis zu 20 Prozent. Die Verhandlungen sind gescheitert. Die Schlichterkammer tritt am 12. September zusammen.

Eine Rekorderte wird in diesem Jahre in der Tschechoslowakei erwartet, die es dem Lande ermöglichen wird, über eine halbe Milliarde Kronen (67 Millionen Mark) an der Einfuhr zu sparen.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8 a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 26, Elisabethufer 28/29.

**Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate**  
stellt schnell, sauber und billig her  
**Oscar Wettig, Gelnhausen**

**Sprechapparate Koffer / Schatullen / Schränke**  
**Schallplatten** für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen / Verlangen Sie Angebot!  
**Otto Pfothner, Weimar, Röhrstr. 40.**

## Gehelme Indien-Konferenz im November in London!

Die neue englisch-indische Konferenz soll die Richtlinien der englischen Indienpolitik festlegen. Wer sich Klarheit darüber verschaffen will, warum England die Politik der festen Hand in Indien auf alle Fälle fortsetzen will, der muß die wirtschaftliche Lage Indiens kennen. — Lest dazu

**Indien in der Zange.**  
Die wirtschaftliche Not eines großen Volkes.  
Von Karl Hinkel.  
Mit einer Karte und 9 Bildern / Brosch. 3,— M., Ganzl. 4,— M.

Aus den Presseurteilen:  
„Eine eingehende Auseinandersetzung mit der englischen Kolonialpolitik in Indien. Eine vernichtende! Diese müßte jedem Menschen die Augen öffnen über die Verworfenheit der kapitalistischen Welt.“ („Das Andere Deutschland“, Nr. 16, 1932.)  
„Der Verfasser versteht es meisterhaft, die wirtschaftliche Not eines großen Volkes in klaren Strichen zu zeigen.“ („Gewerkschaft“, Nr. 22, 1932.)  
„Zum wohlthuenden Unterschied von der durch die Ghandi-Bewegung ausgelösten großen indischen Literatur, die sich vorwiegend mit den ethischen und politischen Seiten des Problems Indiens beschäftigt, zeigt das Buch Hinkels die wirtschaftlichen und sozialen Lebensbedingungen auf, unter denen die Millionenmassen der indischen Bevölkerung heute noch leben müssen.“ („Internationale Gewerkschaftsbewegung“, Nr. 6, 1932.)  
„In systematischer Gliederung und unter Berücksichtigung urkundlichen Materials erörtert die Untersuchung dann im einzelnen die sozialen Verhältnisse der Arbeiter und Bauern, analysiert weiter die ökonomischen und kulturellen Ursachen dieser Erscheinungen und verlangt schließlich programmatisch hinsichtlich der Agrarreform die Aufhebung der Bodensteuer, hinsichtlich der Industriereform den Abbau einer klassenbewußten Arbeiterorganisation.“ („Wirtschaftsnachrichten“ (Herausgegeben von der Presseamt der Reichsregierung) Nr. 138, 1932.)

**Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8 a.**  
Postcheckkonto Berlin 518 48.



# Neue Sondergerichtsurteile.

## Der Breslauer „Reichsbanner“-Prozeß. Ein Staatsanwalt von der NSBO.

Der Vorgang, um den es sich hier handelt, hat sich nach dem „Vorwärts“ folgendermaßen abgespielt:

Am 29. Juli wurden in der Breslauer Südvorstadt zwei SPD-Propagandawagen, die mit nur wenigen Mann besetzt waren, von Nazis angepöbelt. Das wurde dem sozialdemokratischen Parteisekretär Kukielczynski, der in der Nähe wohnte, mitgeteilt. Er machte sich auf den Weg, allein, unbewaffnet und ohne Abzeichen, wurde überfallen und mit allen möglichen Werkzeugen mißhandelt und schwer verletzt. Währenddessen kam ein Wagen mit Reichsbannerleuten des Weges. Sie waren auf einem Lastkraftwagen vom Gewerkschaftshaus gekommen und hatten Fahnenstangen aus der Bauhütten-Tischlerei holen wollen. Unterwegs wurde ihnen bekannt, daß zwei Propagandawagen der SPD von Nationalsozialisten überfallen worden waren. Darauf änderte der Reichsbannerwagen die Fahrtrichtung. Am Ort des Zusammenstoßes angelangt, sprangen mehrere Reichsbannerleute vom Wagen, um dem blutüberströmten am Bürgersteig liegenden Kukielczynski behilflich zu sein. Den 20 Reichsbannerleuten auf dem Auto standen etwa 200 bis 300 Nationalsozialisten auf der Straße gegenüber. Das Ueberfallkommando — von Sozialdemokraten, nicht etwa von den Nazis angefordert — nahm die Reichsbannerleute, die im Bewußtsein ihrer Unschuld keinen Versuch machten, sich der Festnahme zu entziehen, mit, während aus der Nazimeute nur zwei Mann (Scharmentke und Lux) identifiziert wurden.

Die Anklage ist erhoben worden gegen 22 Reichsbannerleute auf Landfriedensbruch, zum Teil auf schweren Landfriedensbruch, gegen die beiden SA-Leute auf schweren Landfriedensbruch und Körperverletzung. Gegen Kukielczynski, der von den Nazis überfallen und niedergeschlagen wurde und eine schwere Gehirnerschütterung erlitt, ist Anklage wegen Rädelsführerschaft und schweren Landfriedensbruchs erhoben.

Vor dem Breslauer Sondergericht fand am Mittwoch und Donnerstag die Verhandlung statt.

Die Zeugen rekrutieren sich fast ausschließlich aus dem Lager der Hakenkreuzler, die Kukielczynski überfallen hatten.

Die Anklagebehörde vertritt Staatsanwalt Patschowski, Mitglied der Breslauer Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (Fachgruppe Justiz).

Seine Strafanträge: Gegen Kukielczynski wegen schweren Landfriedensbruchs unter erschwerenden Umständen der Rädelsführerschaft und öffentlichen Zusammenrottung zwei Jahre Zuchthaus; gegen zwei Reichsbannerleute je 1½ Jahr Zuchthaus; gegen 20 Reichsbannerleute Gefängnisstrafen von einem bis zu 1½ Jahren; gegen die beiden Nazis Gefängnisstrafen von 8 bzw. 10 Monaten Gefängnis.

Der Staatsanwalt kritisierte scharf das Verhalten der Angeklagten, die leugnen, von dem Werbewagen bewaffnet mit Latten auf die wehrlose Menge eingeschlagen zu haben. „Zahlreiche Zeugen haben dies bezeugt und den Angeklagten Kukielczynski als Rädelsführer erkannt.“ Die Hiebwerkzeuge seien mitgebracht worden. Es handelt sich also um einen beabsichtigten Ueberfall. Die grundlos Ueberfallenen hätten sich zweifellos in der Notwehr befunden, wenn sie sich auf den Anstifter Kukielczynski gestürzt hätten.

Das Urteil: Drei Stunden Beratung brauchte das Gericht, um sich mit den Anträgen des nationalsozialistischen Staatsanwalts auseinanderzusetzen. Ergebnis: Zehn Angeklagte, darunter Kukielczynski und die beiden Nationalsozialisten, wurden freigesprochen. 15 Reichsbannerleute wurden wegen gefährlicher Körperverletzung aus politischen Gründen zu Gefängnisstrafen von je vier Monaten verurteilt.

## 6 Monate Gefängnis für Erschließung eines Reichsbannermannes.

### „Berechtigte Überschreitung der Notwehr.“

Vor dem Waldenburger Sondergericht stand der nationalsozialistische Landwirt Rolke aus Dittmannsdorf, der in der Nacht zum 18. Juli den Reichsbannermann Geiswinkler in Reußendorf bei Waldenburg niedergeschossen hatte. Geiswinkler ist wenige Stunden danach seinen Verletzungen erlegen. Die Anklage lautete auf schwere Körperverletzung mit Todeserfolg und Vergehen gegen das Waffengesetz. Rolke war von einem SA-Treffen aus Striegau zurückgekehrt, als er auf dem Heimweg dem Reichsbanner-

mann Geiswinkler und dessen Freund begegnete. Es kam zu einem Wortwechsel, dem die Bluttat folgte. Während Rolke behauptet, in Notwehr gehandelt zu haben, stellte sich der Staatsanwalt auf den Standpunkt, daß eine wesentliche Ueberschreitung der Notwehr vorliege. Er beantragte 2½ Jahre Gefängnis wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang bei Ueberschreitung der Notwehr. Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis wegen Waffenmißbrauchs; wegen schwerer Körperverletzung mit Todeserfolg erfolgte Freispruch, da das Gericht annahm, daß Rolke in berechtigter (!) Ueberschreitung der Notwehr gehandelt habe.

## Gegen Landarbeiter, die sich mit der Polizei schlugen.

Gegen 30 Kommunisten aus Werben (Elbe) verhandelte das Landgericht Stendal. Die Angeklagten waren an einem schweren Zusammenstoß mit der Polizei beteiligt, der im Juli bei einer Fahnenweihe eines kommunistischen Landarbeiterverbandes in Werben stattfand. Die Landarbeiter wollten dem Verbot zum Trotz mit der Fahne demonstrieren. Als die Polizei dies verhindern wollte, kam es zu der Schlägerei, bei der die Polizei schoß, und bei der sowohl ein paar Polizisten als auch vor allem viele Demonstranten schwer verletzt wurden.

Urteil: Gegen den angeblichen Anführer Neumann aus Havelberg 1½ Jahre Zuchthaus. Elf Freisprüche. Im übrigen Gefängnisstrafen von 7 bis zu 18 Monaten.

## Ein seltenes Gericht: Nazi ins Zuchthaus.

Das Düsseldorfer Sondergericht verhandelte gegen drei Nationalsozialisten aus Düsseldorf-Benrath: Himken, Verhoeven und Boes. Die Angeklagten waren am 23. Juni nach Urdenbach gegangen. Unterwegs kam ihnen der 46-jährige Arbeiter Ulrich, der Antifaschist ist, auf seinem

# Neuer Prüfstein für das Berliner Sondergericht. 80 Nazis gegen einen Kommunisten.

K. P. Am Dienstag wurde am Winterfeldplatz in Schöneberg ein Kommunist, der sich einen „Rot-Front“-Gruß hatte zu Schulden kommen lassen, von einem halben Dutzend Nazis in wilder Jagd durch die Straßen gehetzt. Als er sich in ein Restaurant retten wollte, wurde er von den Nazis herangeholt und auf die roheste Weise verprügelt. Die SA-Knechte schlugen allesamt mit geballten Fäusten auf ihn ein, warfen ihn zu Boden und traten mit ihren Schafstiefeln auf ihn. Der Schupo, der hinzukam, konnte den Kommunisten nur mit großer Mühe einigermaßen schützen. Erst später rückte das Ueberfallkommando an und ging energisch gegen die Nazis vor, deren Zahl inzwischen auf 60 bis 80 angewachsen war. Der Kommunist und etwa fünf der wütesten SA-Schläger wurden zur Wache gebracht.

Das Berliner Sondergericht kann bei dieser Gelegenheit sein „unparteiisches“ Gesicht zeigen. Der vorliegende Fall fällt nämlich unter § 2, 4 der Terrornotverordnung:

„Mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren wird bestraft, wer bei einem Landfriedensbruch ... Gewalttätigkeiten gegen Personen begeht.“

Im übrigen warten wir noch auf die Sondergerichts-Verhandlung über die nationalsozialistische Schießerei am 25. August am Rummelsburger Platz in Berlin. Nazis haben

## Um die Notverordnung.

Vertreter des deutschen Groß- und Ueberseehandels wurden am Donnerstag vom Reichswirtschaftsminister Warmbold empfangen und sprachen gegen die grundsätzliche Schwenkung der deutschen Handelspolitik durch Einführung des Einfuhrkontingentsystems. — Beides berechnete Warnungen! Die Großhändler vertreten ihre eigenen und die Interessen der Verbraucher.

Walter Darré, der landwirtschaftliche Hauptsachverständige der NSDAP telegraphierte am Donnerstag dem Reichskanzler, daß „der deutsche Landstand aus vaterländischem Pflichtgefühl und der Aufforderung seines freiwillig erkorenen Führers Adolf Hitler folgend, die Ernährung der deutschen Bevölkerung in diesem Winter sichergestellt

Fahrrad entgegen. Die drei Nationalsozialisten rissen Ulrich vom Rade und mißhandelten ihn mit Stöcken schwer. Himken soll außerdem auf dem Parteilosen Bruhn, der zufällig des Weges kam und den Streit schlichten wollte, einen Schuß abgefeuert haben, der Bruhn am rechten Arm streifte, in die Brust drang und vor dem Brustbein stecken blieb.

Das Gericht verurteilte Himken zu einem Jahr acht Monaten Zuchthaus, Boes zu sieben und Verhoeven zu sechs Monaten Gefängnis.

Es verdient angesichts der Verfassung, in der sich die deutsche Justiz befindet, Anerkennung, daß hier einmal ein Gericht den eingebürgerten milden Straftarif gegen nationalsozialistische Banditen zu Gunsten einer Annäherung an das Ideal der Gleichheit (hier: mit den Kommunisten) überschreitet.

## Der Mann, der seine Frau mißhandelte: ein Jahr Zuchthaus.

Das Berliner Sondergericht (zweite Kammer) verurteilte den Maurer Wiesemann aus Birkenwerder zu einem Jahr Zuchthaus, weil er gegen zwei Polizisten tödlich geworden war. Da der Fall am 24. August passiert war, fiel er unter die Terrorverordnung, die ein Jahr Zuchthaus als Mindeststrafe festsetzt. Der Vorfall hatte damit begonnen, daß Wiesemann Frau und Tochter mißhandelte, bis Nachbarn die Polizei zu Hilfe riefen.

In der Urteilsbegründung sagte Landgerichtsdirektor Marschner, daß Vergehen, wie das zur Aburteilung stehende sonst nicht besonders tragisch genommen worden seien. Nimmehr sei es Aufgabe der Strafverfolgungsbehörden, zu prüfen, ob der Angeklagte eines Gnadenweises würdig sei.

Das Jahr Zuchthaus ist im vorliegenden Fall die Strafe für die Tätlichkeiten gegenüber den Polizisten. Was die Mißhandlung der Frauen angeht, so sollten solche feige Ausbeuterexzesse durchaus „tragisch genommen“ und empfindlich bestraft werden.

dabei auf Linksstehende geschossen, sind von der Polizei verfolgt und verhaftet worden. Die uns bekanntgewordenen Fälle nationalsozialistischer Terrorakte außerhalb Berlins, die unter die Terrornotverordnung fallen, und in denen die Täter verhaftet, zum Teil auch mit Namen öffentlich bekanntgegeben worden sind, ohne daß bisher eine Sondergerichtsverhandlung erfolgte, werden wir bei Gelegenheit in Erinnerung bringen.

Schmidtke aber, der junge Kommunist, sitzt längst für zehn Jahre hinter den Mauern des Zuchthaus.

Der zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilte Reichsbannermann Rothe in Berlin hat seinen Hungerstreik nach sieben Tagen eingestellt; er fieberte und war ins Lazarett überführt worden. — Die schriftliche Ausfertigung der Begründung des am 31. August gefällten Urteils ist dem Verteidiger Rothens von dem (in der Vorhandlung rasch arbeitenden) Gericht noch nicht zugestellt worden. Daher steckt die Einleitung des Wiederaufnahmeverfahrens.

Der „Stahlhelm“ lehnt es wie eine bayerische Landesführung mitteilt — ab, sich an dem Experiment einer Präsidialpartei zu beteiligen; er verspricht sich nichts davon, „zu all den wirkungsunfähigen parlamentarischen Gebilden noch ein neues zu schaffen“.

habe (!). Die neuen Wirtschaftsmaßnahmen brächten nunmehr die sich in höchster Not befindende deutsche Landwirtschaft endgültig aufs Schafott und gefährdeten so in Zukunft die Ernährung des deutschen Volkes.“

Dem Reichsernährungsminister telegraphierte Darré gleichzeitig, er solle durch sein Zurücktreten vom Amt eine klare Lage schaffen und demonstrieren, daß das Wirtschaftsprogramm nur der Börse und der internationalen Hochfinanz zu gute kommt. (Und den Großgrundbesitzern, auch den nationalsozialistischen, ferner den Schwerindustriellen einschließlich Herrn Thyssen, dem Vertreter des „schaffenden“ Kapitals!)

„Wirtschaftsführer“ der NSDAP und des Zentrums hatten am Donnerstag nachmittag beim Reichspräsidenten eine mehrstündige Aussprache, über deren Verlauf ein gemeinsamer Bericht ausgegeben wird, in dem es heißt: „Die Sachverständigen beider Parteien äußerten ihre ersten Bedenken, daß die Subventionierung der gesamten Betriebe durch Steuernachlassens das gesteckte Ziel, Arbeiter an ihre Stätten zurückzubringen, nicht erreichen, vielleicht in eine schwere Enttäuschung münden werde. Darüber hinaus klärten die Besprechungen hinsichtlich wirklicher Arbeitsbeschaffung und des Konjunkturanschlusses Möglichkeiten, für deren Durchführung auch eine arbeitsfähige, vom Vertrauen des Volkes getragene Mehrheit vorhanden ist.“ — Das mögen schöne Klärungen und noch schönere Möglichkeiten sein!

# Oertliche Gewerkschaften gehen voran!

In der Sitzung des Göttinger Ortsausschusses des ADGB am Mittwoch wurde auf Antrag einiger Kollegen einstimmig beschlossen, noch vor Zusammentritt des Reichstags eine Protest-Kundgebung gegen die Pape-Hungerverordnung zu veranstalten. Dem Göttinger „Volksblatt“ entnehmen wir dazu folgenden Aufruf der Gewerkschaften:

## Heraus zum Protest!

Kolleginnen und Kollegen!

Am Sonnabend, dem 10. September, abends 8 Uhr, im großen Saale des „Volksheims“

## Öffentliche Kundgebung.

Thema:

### „Fort mit der Hungerverordnung.“

Kolleginnen und Kollegen, zeigt der Regierung Pape, daß Ihr nicht gewillt seid, die neue Hungerverordnung, dem neuen Lohnraub, die Anschläge auf die Sozialversicherung stillschweigend hinzunehmen. Kommt alle in die Kundgebung und protestiert gegen die erneute Verschlechterung Eurer schon so elenden Lage.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund  
Ortsausschuß Göttingen.  
I. A.: Großkopf.

## Gehaltsabbau für die Magdeburger Angestellten.

P. G. Die Magdeburger Arbeitgeberverbände haben den erst seit dem 1. Januar 1932 gültigen Gehaltsvertrag für

kaufmännische und technische Angestellte für den Stadtkreis Magdeburg zum 31. Oktober 1932 gekündigt.

Sie wollen anscheinend die Dienstalterszulagen der älteren Angestellten streichen und werden darüber hinaus versuchen, einen tariflosen Zustand zu schaffen, der den

### Abschluß von Einzelverträgen

mit den Angestellten erleichtern soll.

Bei der Abwehr dieser reaktionären Pläne der Arbeitgeber wird der ZdA keinen leichten Stand haben. Eine Funktionärerversammlung der Industrie- und Einzelhandelsangestellten billigte das für die bevorstehenden Verhandlungen geplante Vorgehen der Verbandsleitung.

Die Funktionäre der Fachgruppe Industrie nahmen auch kurz Stellung zu der Notverordnung der Regierung Pape vom 4. September 1932. In einer Entschliebung wurde die Ortsgruppenleitung des ZdA zur Fühlungnahme mit den dem AFA-Bund angeschlossenen Verbänden in Magdeburg beauftragt. Es soll eine große

### Öffentliche Protestversammlung

gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung Pape durchgeführt werden.

Es ist unbedingt nötig, daß alle freien Gewerkschaften allerorts schnelligst solche Protestversammlungen organisieren, in denen die Arbeiterschaft deutlich zum Ausdruck bringt, daß ihre viel zu lange bewährte Geduld jetzt zu Ende ist. Die Regierung und ihre Hintermänner müssen merken, daß hinter den Protesten — falls sie ungehört verhallen — die feste Entschlossenheit zum Kampf steht.

## Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund Arbeitsgemeinschaft Essen.

Anläßlich des Kulturtages des Deutschen Freidenker-Verbandes in Essen veranstaltet der ISK am Sonntag, dem 11. September, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Essen, Kastanienallee, eine

## Öffentliche Versammlung gegen die Kulturreaktion.

Aus dem Programm:

Musik / Rezitationen / Couplet.

Genossin Mros, die über den Katholikentag aus eigener Anschauung berichtet, spricht über den

## „Katholikentag und die Aufgaben der Freidenkerbewegung.“

Gemeinsamer Gesang: Die Internationale.

Eintritt: 10 Pf.

Erwerbslose frei.

